

Antrag

der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

Entwicklungsprogramm Karibik und Zentralamerika

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Angesichts der krisenhaften Entwicklung in Zentralamerika und der Karibik wird die Bundesregierung aufgefordert, ihre politischen Anstrengungen in diesem Bereich zu verstärken, sie zu einem Gesamtkonzept weiterzuentwickeln, dieses im westlichen Bündnis abzustimmen und es dem Deutschen Bundestag vorzulegen. In diesem Konzept soll die Entwicklungszusammenarbeit einen zentralen Stellenwert einnehmen. Alle Maßnahmen sollen – indem sie den Ländern dieser Region helfen, sich friedlich und frei zu entwickeln – zugleich den wohlverstandenen Sicherheitsinteressen des Westens und dem Weltfrieden dienen.
2. Im einzelnen sollen mit einer solchen Politik folgende Ziele erreicht werden:
 - 2.1 Stärkung der Unabhängigkeit und Sicherung der Souveränität der Länder dieser Region.
 - 2.2 Schaffung der Voraussetzungen für den inneren und äußeren Frieden und die Verwirklichung der elementaren Menschenrechte.
 - 2.3 Förderung des Aufbaus freiheitlich-pluralistischer Staats- und Gesellschaftsordnungen.
 - 2.4 Festigung sozialer und wirtschaftlicher Stabilität.
 - 2.5 Unterstützung der politisch-wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Länder dieser Region.
3. Elemente eines solchen Gesamtplans müssen sein:
 - 3.1 Eine besondere entwicklungspolitische Initiative, um die politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ursachen der Krisen und Konflikte in diesen Ländern und der Region beheben zu helfen.
 - 3.2 Aufforderung an die Partner der Europäischen Gemeinschaft, ebensolche Initiativen zu ergreifen, sie untereinander

der und mit den genannten Staaten dieses Bereichs zu koordinieren.

- 3.3 Abstimmung dieser Politik und ihrer entwicklungspolitischen Maßnahmen mit den in dieser Region interessierten und engagierten Staaten, insbesondere mit USA, Kanada, Mexiko und Venezuela.

4. Mittel

Zur Durchsetzung dieses Konzeptes genügt es nicht, lediglich staatliche Hilfe zu leisten; sie muß auch inhaltlich und methodisch neu konzipiert werden.

Eine entscheidende Bedeutung in dieser Entwicklungszusammenarbeit kommt den Maßnahmen der Kirchen, politischen Stiftungen und privaten Trägern zu.

Angesichts steigender Flüchtlingszahlen und des Rückgangs der landwirtschaftlichen Produktion infolge bürgerkriegsartiger Unruhen kommt der humanitären Hilfe als Sofortmaßnahme wesentliche Bedeutung zu.

Bonn, den 11. Juli 1983

**Dr. Dregger, Dr. Waigel und Fraktion
Mischnick und Fraktion**

Begründung

Die Karibik und Zentralamerika bilden eine Region, die für die Bundesrepublik Deutschland und Europa nicht nur unter generell politischen und wirtschaftlichen Aspekten bedeutsam ist. Vergangenheit und Gegenwart zeigen die unauflösliche Verknüpfung der Probleme der Länder dieses Bereichs. Die geschichtliche Erfahrung hat gezeigt, daß von dieser Region auch ernsthafte Bedrohungen des Weltfriedens ausgehen können. Gleichzeitig drohen innenpolitische Spannungen in diesen Ländern zur physischen Vernichtung ganzer Bevölkerungsgruppen zu führen, wobei besonders die Indios gefährdet sind. Es liegt nicht im Interesse der westlichen Demokratien, daß Diktatur und Unterdrückung in einzelnen Ländern bestehen bleiben, während in anderen lediglich die Vorzeichen zwischen Rechts- und sowjetisch gesteuerter Linksdiktatur ausgetauscht werden: Soziale und politische Spannungen in dieser Region werden von der Sowjetunion und Kuba zur Einflußnahme genutzt.

Die in dieser Region lebenden Völker haben immer wieder ihren Wunsch nach einem stärkeren Engagement Europas und der Bundesrepublik Deutschland geäußert. Die Bundesregierung ist daher aufgefordert, im Rahmen eines politischen Gesamtkonzepts in der ganzen Region vor allem mit entwicklungspolitischen Mitteln die sozialen, ökonomischen und politischen Krisenursachen in diesen Staaten bekämpfen zu helfen, ihre Eigenständigkeit zu fördern und zum Erhalt des internationalen Friedens beizutragen.